



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 22.11.2011

=====

Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag

Der Berliner Wassertisch nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU über die Umsetzung des am 13. Februar 2011 durch Volksentscheid beschlossenen Gesetzes zur Veröffentlichung und Prüfung der Berliner Wasserverträge kein Wort verloren wird. Das zeugt von Geringschätzung des Willens von über 666.000 Menschen, die für

die Annahme des Gesetzes gestimmt haben.

Der Koalitionsvertrag erwähnt nur, man wolle über Nachverhandlung des Teilprivatisierungsvertrages den tatsächlichen Einfluss des Landes Berlin auf das Unternehmen stärken und die Verhandlungen über den Rückkauf privater Anteile ergebnisoffen fortsetzen. Der Berliner Wassertisch lehnt einen solchen Rückkauf von Anteilen des privaten Anteilseigners RWE und auch eine Vergrößerung der Anteile von Veolia ab. Nachverhandlungen des Senats über den Einfluss des Landes Berlin auf Preisdämpfung und Erhöhung der Investitionstätigkeit genügen bei weitem nicht, zumal der Senat nur dann wirklich Druckmittel hat, wenn er bei den Rechtsverstößen der Verträge ansetzt. Wasserpolitik hat weitreichenden Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen und gehört in die öffentliche Hand.

Der Berliner Wassertisch fordert daher die Anfechtung und Rückabwicklung der rechtswidrigen und skandalösen Verträge zur Teil-Privatisierung der BWB, um den Weg zu einer bürgernahen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe zu bahnen: das ist nicht nur der kostengünstigste Weg, sondern auch der einzige, um zu ordentlichen Rechtsverhältnissen zurückzukehren.

Begrüßenswert in der Koalitionsvereinbarung ist die Absicht das Grundwassermanagement zu verbessern. Das Problem der steigenden Grundwasserspiegel, durch die Keller beschädigt und Gärten zu Sumpflandschaften werden, betrifft nicht nur Privatgrundstücke, sondern auch Regierungsgebäude. Hier sollen in Zukunft verbesserte Maßstäbe der „Siedlungsverträglichkeit“ zur Entlastung der Bürger gelten. Es bleibt genau zu beobachten, ob der bloßen Absichtserklärung auch Taten folgen. Es sei daran erinnert, dass in der vorigen Koalitionsvereinbarung der rot-roten Regierung bereits die Absicht zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe bekundet war. Geschehen ist dann die ganze Legislaturperiode über gar nichts.

Der Berliner Wassertisch begrüßt ebenfalls die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen zur Minimierung des Versiegelungsgrades. Auch wenn dadurch mehr Regenwasser versickern kann, fordert der Berliner Wassertisch als Beitrag zum Gewässerschutz einen Ausbau der Trennkanalisation.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU sieht vor, die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Auch Veolia nutzt die Hochschulstrukturen für seine Forschungen. Der Berliner Wassertisch teilt die Bedenken von Tausenden anderen Bürgern, dass mit der Verquickung von Wirtschaft und Hochschulforschung die Freiheit der Wissenschaft ausgehöhlt wird.

Aus Parlamentskreisen ist zu hören, dass jetzt ein Sonderausschuss zur Prüfung der Wasserverträge eingerichtet wird, deren Veröffentlichung durch Volksbegehren und Volksentscheid durchgesetzt wurde. Das ist endlich ein Schritt in der richtigen Richtung.

Wenn das Thema der Regierung aber so gleichgültig ist, wie es in der Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck kommt, wird der Berliner Wassertisch sich weiter vehement dafür einsetzen, dass dieser Sonderausschuss wirklich im Sinne des Volksgesetzes mit Leben erfüllt wird.

Kontakt:

Angelika Paul, Mitglied des Sprecherteams, Tel.: 7201 1912

Ulrike Kölver, Mitglied des Sprecherteams, Tel.: 217 2507